



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat der FDP-Fraktion: Neuverhandlungen Interkantonale
Universitätsvereinbarung**

Autor/in: [Michael Herrmann](#)

Mitunterzeichnet von: Richterich

Eingereicht am: 25. Februar 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Baselland und Basel-Stadt stellen lediglich 20.0% resp. 16.6% der Immatrikulierten an der Universität Basel. Durch ihre gemeinsame Trägerschaft tragen sie jedoch zu je 50% das Restdefizit der Universität.

Ausländische Studierende (25.2% der Immatrikulierten) zahlen lediglich die verhältnismässig bescheidenen Studiengebühren. Solothurn (5.6% der Immatrikulierten), Aargau (9.7% der Immatrikulierten) sowie die übrigen Schweizer Kantone (22.8% der Immatrikulierten) entrichten Kompensationsbeiträge über die Interkantonale Universitätsvereinbarung IUV, die je nach Fakultätsgruppe zwischen CHF 10'000 und 49'000.- pro Jahr und Studierendem liegen.

Diese vereinbarten Abgeltungen für die ausserkantonalen Studierenden liegen jedoch weit entfernt von den tatsächlichen Vollkosten, womit die verbleibenden Restkosten (nach Abzug von zusätzlichen Bundessubventionen) hauptsächlich an den Kantonen Baselland und Basel-Stadt hängen bleiben. Bei einer Erhöhung der IUV-Beiträge würde der Kanton Baselland für Studierende an ausserkantonalen Universitäten ebenfalls mehr bezahlen. Jedoch dürfte der Netto-Effekt positiv sein.

Wir laden den Regierungsrat deshalb ein, sich gemeinsam mit den übrigen Universitätskantonen für eine massgebliche Erhöhung der IUV-Beiträge einzusetzen.

Der Regierungsrat wird gleichzeitig eingeladen, die Interkantonale Universitätsvereinbarung (möglichst gemeinsam mit weiteren Universitätskantonen) auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen, sofern keine Aussicht auf Erfolg besteht.

Ergänzend soll der Regierungsrat Bericht über die finanziellen Auswirkungen einer möglichen Erhöhung der IUV-Beiträge ablegen.